

Wahlprüfsteine von BiNe - Bisexuelles Netzwerk e.V.

Antworten des SPD-Landesverbandes Rheinland-Pfalz

Frage 1:

Bisexuelle outen sich deutlich später oder gar nicht als andere (http://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/Downloads/DE/publikationen/Umfragen/20170719_Umfrageergebnisse_Out_im_Office.html), dabei trägt ein Coming-out deutlich zur Zufriedenheit bei (<https://bisexual.org/study-shows-benefits-of-coming-out-bi/>).

In Deutschland gibt es kaum geoutete bisexuelle Politiker_innen, im Bundestag niemanden. Dagegen sieht es in den USA, aber auch anderen europäischen Staaten ganz anders aus (https://en.wikipedia.org/wiki/Kyrsten_Sinema, https://en.wikipedia.org/wiki/Kate_Brown, https://en.wikipedia.org/wiki/Krista_van_Velzen, https://en.wikipedia.org/wiki/Tommy_Ahlers).

a) *Wie wollen Sie Coming-outs unterstützen – von Vorbildern (Politiker_innen, Lehrer_innen)?*

Wir als SPD kämpfen für eine offene Gesellschaft. Wir wollen, dass alle Menschen in Rheinland-Pfalz ein selbstbestimmtes und sicheres Leben führen können – frei von Diskriminierungen.

Wir sind davon überzeugt, dass die Vielfalt an Lebensstilen, an Weltanschauungen und Herkünften unser Land stark macht und dass es in einer offenen und liberalen Gesellschaft keinen Unterschied machen darf, wie jemand aussieht, welche sexuelle oder geschlechtliche Identität jemand hat.

Wir wollen, dass Rheinland-Pfalz ein Land ist, in dem die Vielfalt der Lebensrealitäten aktiv anerkannt ist und Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans*, Inter*, Nicht-binäre und queere Menschen (LSBTIQ) gleichberechtigte und gleichwertige Mitglieder unserer vielfältigen Gesellschaft sind.

Wir wollen, dass niemand sich durch äußere Umstände von seinem Coming-Out abhalten lassen muss. Diese Offenheit praktizieren wir natürlich auch innerhalb der SPD sowie im politischen Raum insgesamt.

b) *Sind Ihnen geoutete bisexuelle Politiker_innen in Ihrer Partei bekannt?*

Ja, das sind sie. Ich hoffe, Sie verzeihen uns, dass wir hier auf eine namentliche Nennung verzichten.

Frage 2:

Auch Teenager, die sich als bisexuell identifizieren, sind deutlich seltener geoutet, dafür haben sie noch stärker als homosexuelle Gleichaltrige mit Mobbing, Selbstmordgedanken und Drogenmissbrauch zu kämpfen (<http://www.hrc.org/youth-report/supporting-and-caring-for-our-bisexual-youth>).

Dabei ist die Gruppe von jungen Menschen, die sich nicht als 100% heterosexuell oder 100% homosexuell einstuft, keine Minderheit (39%, <http://www.bine.net/sites/default/files/bijou31yougov.pdf>).

a) *Wie wollen Sie Coming-outs von bisexuellen Jugendlichen unterstützen und sich gegen Diskriminierung sexueller Jugendlicher einsetzen?*

b) *Wie hoch werden die Mittel sein, die dazu zur Verfügung stehen werden?*

Gemeinsame Beantwortung von a) und b):

Wir wollen eine Gesellschaft frei von Diskriminierung. Mit einer Vielzahl von Maßnahmen setzen wir uns bereits für die Akzeptanz mit der bundesweit ersten Landesbeauftragten für gleichgeschlechtliche Lebensweisen und Geschlechtsidentität – Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transidente und Intersexuelle“

hat die SPD-geführte Landesregierung in Rheinland-Pfalz einen Meilenstein geschaffen. Mit dem Landesaktionsplan „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“ haben wir ein wirksames Instrument, um Diskriminierung aufgrund der sexuellen oder geschlechtlichen Identität zu bekämpfen, die vollständige rechtliche Gleichstellung voranzutreiben und die gesellschaftliche Akzeptanz von lesbischen, schwulen, bisexuellen, transidenten, intergeschlechtlichen und nichtbinären Menschen zu fördern.

Darauf bauen wir auf, um dem Ziel einer offenen Gesellschaft ohne Hürden für ein Coming-Out näher zu kommen. Wie hoch die Mittel genau sein werden, können wir derzeit noch nicht beziffern – aber das sind unsere neuen Pläne:

Auf der Grundlage der Zielvereinbarung zwischen der Landesregierung und QueerNet RLP e.V. werden wir den Landesaktionsplan „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“ auch in Zukunft in allen Bereichen fortschreiben und konsequent umsetzen, insbesondere wollen wir die historische Forschung weiterführen und ausbauen, wie auch die Professionalisierung ehrenamtlicher Strukturen vorantreiben.

Im Bildungsbereich streben wir verpflichtende Module zum Themenfeld LSBTIQ in der Aus- und Weiterbildung an. Wir werden die Arbeit des Bildungsprojekts SchLAu (schwul, lesbisch, bi, trans* Aufklärung) an rheinland-pfälzischen Schulen weiterhin unterstützen und ausbauen.

Bestehende Initiativen gegen Homo-, Bi-, Inter- und Transphobie werden wir so verstärken, dass die medizinische, gesundheitliche und soziale Lage von trans- und intergeschlechtlichen Menschen verbessert wird.

Frage 3:

Laut einer Umfrage wünschen sich 86% der deutschen Bisexuellen mehr Aufklärung über Bisexualität in der Schule (vgl. http://www.bine.net/sites/default/files/umfrage_6_bi-bewegung.pdf). Arbeitsblätter und Hilfestellungen gibt es auf <http://www.bine.net/schule>.

In der Schulpraxis wird Bisexualität bislang fast komplett verschwiegen.

In Rheinland-Pfalz gibt es seit 2013 den Landesaktionsplan „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen – Akzeptanz für queere Lebensweisen“ (https://mffjiv.rlp.de/fileadmin/MFFJIV/Vielfalt/Massnahmenplan_final.pdf).

Wie wollen Sie sicherstellen, dass Schüler_innen konkret über Bisexualität aufgeklärt werden?

Die in Rheinland-Pfalz 2009 von einer breit besetzten Kommission erarbeiteten „Richtlinien zur Sexualerziehung“ treffen seit ihrer Einführung auf große Akzeptanz. Die dort formulierten Grundsätze für den Sexualkundeunterricht sind wichtig und erlauben es, Fragen der sexuellen Selbstbestimmung, der Geschlechterrollen und der Identitätsfindung zu behandeln. Außerdem können mit ihnen auch Angebote außerschulischer Partner in den schulischen Unterricht themenbezogen integriert werden. Wir setzen uns dafür ein, dass auch auf der Ebene der Kultusministerkonferenz entsprechende Handlungsempfehlungen zum Sexualkundeunterricht und der sexuellen Selbstbestimmung auf den Weg gebracht werden.

Außerdem begrüßen wir die entstehende Handreichung zum Zusammenleben, -lernen und -lehren von und mit transgeschlechtlichen und nicht-binären Menschen in Schulen, die alle am Schulleben Beteiligten sensibilisiert und ihnen notwendiges Wissen an die Hand gibt und Handlungskompetenz ermöglicht. In diesem Zusammenhang wollen wir auch die erfolgreichen Anstrengungen im Rahmen des Landesaktionsplans „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“ weiter vorantreiben.

Frage 4:

Es gibt in Deutschland Gruppierungen wie „Besorgte Eltern“, die sich gegen Sexuaufklärung aussprechen (<http://www.spiegel.de/lebenundlernen/schule/besorgte-eltern-und-ihr-seltsamer-protest-gegen-sexualkundeunterricht-a-1017578.html>). Leider finden sie und andere LSBTI*-feindliche Akteur_innen auch bei Politiker_innen Gehör (http://www.queer.de/detail.php?article_id=24787).

Dabei gefährdet eine Abschaffung oder starke Einschränkung von Kindern stärkender Sexuaufklärung nicht nur LSBTI*-Jugendliche, sondern alle Jugendliche und öffnet Tür und Tore für sexuellen Missbrauch. Denn Jugendliche, die unwissend und nicht selbstbewusst sind, können sich gar nicht gegen sexuellen Missbrauch wehren und wissen auch nicht, dass sie sich an Vertrauenspersonen wenden können, die ihnen im Fall der Fälle helfen können.

Wie schützen Sie unsere Kinder und Jugendlichen vor rückwärtsgewandten und gefährlichen Kräften wie den „Besorgten Eltern“ oder der „Demo für alle“?

Wir tun dies, indem wir diesen und anderen Menschenfeinden kein Gehör schenken und reaktionären, faktenfernen Positionen unsere Überzeugung entgegenhalten, dass von sexueller Selbstbestimmung keine Bedrohung ausgeht und dass Vielfalt unsere Gesellschaft bereichert. Wir wollen andere dafür sensibilisieren, derartiges Gedankengut zu erkennen, einzuordnen und zu entlarven und so gerade unseren Kindern und Jugendlichen den Rücken stärken.

Frage 5:

Mangelnde Sichtbarkeit ist für bisexuelle Menschen ein zentrales Thema (http://www.queer.de/detail.php?article_id=20138).

In Schleswig-Holstein gab es im Rahmen von „Echte Vielfalt“ eine Initiative zu bisexueller Sichtbarkeit: https://schleswig-holstein.de/DE/Landesregierung/VIII/Presse/PI/PI_Archiv/2018/180921_VIII_Bisexuelle_Vielfalt.html, https://www.queer.de/detail.php?article_id=29720.

Dieses Jahr ist ein Bi+Pride in Hamburg mit Bi-Flaggen-Hissung, Workshop und Demonstration für bisexuelle Sichtbarkeit geplant (www.bipride.de).

a) Welche vergleichbare Aktion können Sie sich für Rheinland-Pfalz vorstellen? Wie soll es umgesetzt werden?

Auch wenn derzeit keine konkrete vergleichbare Aktion in Rheinland-Pfalz geplant ist, können wir uns das sehr gut vorstellen. Wir stehen jederzeit zum weiteren Austausch zur Verfügung.

b) Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Bi-Flagge an einem Rathaus oder einem Ministerium gehisst wird? Welches?

Das Hissen von Flaggen an öffentlichen Gebäuden hat eine wichtige Signalwirkung. Auch hier gilt: wir stehen der Idee offen gegenüber und ermutigen auch unsere Kommunen, die Möglichkeit für ihre Rathäuser zu nutzen.

c) Werden Sie in Ihren Veröffentlichungen und Reden über LSBTI auch Bisexuelle mit nennen?*

In allen Veröffentlichungen und Reden über LSBTI* meinen und adressieren wir natürlich auch Bisexuelle. Das gilt weiterhin – wir wollen die Belange aller Gruppen als gleichwertig verstanden wissen.

Frage 6:

In Australien hat eine Senatorin eine Rede zum Tag der Bisexualität (23.9.) gehalten (<https://www.bi-communitynews.co.uk/7285/australian-senator-speaks-about-bi-week/>), aber auch im Hamburger Rathaus gab es schon Veranstaltungen zum Thema Bisexualität (<https://www.facebook.com/BiF-riendsHH/posts/480295929021789>).

2020 war das Jubiläum „50 Jahre CSD weltweit“ (1969 war Stonewall, aber 1970 der erste CSD), und der erste CSD wurde von der „Mother Of Pride“ Brenda Howard, einer bisexueller Aktivistin, organisiert (https://en.wikipedia.org/wiki/Brenda_Howard).

Werden Sie 2021 eine Rede und/oder einen Antrag zum Thema Bisexualität in den Landtag einbringen?

Das können wir uns sehr gut vorstellen, auch wenn wir natürlich noch nicht sagen können, in welcher Zusammensetzung der neue Landtag sich konstituieren wird. Gemeinsam mit den Ampelfraktionen haben wir immer wieder Anträge zu queeren Themen eingebracht und mit Mehrheit verabschiedet und mit entsprechenden Reden im Plenum untermauert (so zuletzt etwas zum Thema Diskriminierung Homosexueller bei der Blutspende oder der Verfolgung Homosexueller in der Nazi-Zeit).

Frage 7:

Die Forschung hinkt beim Thema Bisexualität hinterher. https://www.focus.de/gesundheit/ratgeber/sexualitaet/tid-17693/bisexualitaet-wenig-forschung-um-ein-minderheitenphaenomen_aid_492784.html

Die Freiheit der Wissenschaft, Forschung und Lehre ist in Artikel 5 des Grundgesetzes verankert.

a) Welche Möglichkeiten, die Forschung zum Thema Bisexualität anzukurbeln, sehen Sie dennoch?

b) Inwiefern sorgen Sie für die Verbreitung und Berücksichtigung der Ergebnisse in Ihrer politischen Arbeit?

Gemeinsame Beantwortung von a) und b):

Wir setzen uns im Rahmen unserer Möglichkeiten dafür ein, dass in diesem Bereich geforscht wird, auch um die Bedeutsamkeit des Themas gerecht zu werden. Die historische Forschung ist auch gerade für die Frage der früheren Diskriminierung von LSBTIQ*-Personen bedeutend.

Wir sehen den großen Wert der systematischen wissenschaftlichen Aufarbeitung der Geschichte von Lesben, Schwulen, Trans* -Personen, Inter* -Personen und Nicht-Binärer Personen in Rheinland-Pfalz. Den durch das Forschungsprojekt zur Aufarbeitung der strafrechtlichen Verfolgung, Diskriminierung und Rehabilitierung homosexueller Menschen in Rheinland-Pfalz angestoßen Aufarbeitungsprozess wollen wir fortführen und hierbei insbesondere regionalgeschichtliche Aspekte stark berücksichtigen. Gerade erst hat die SPD-geführte rheinland-pfälzische Landesregierung die erste Studie zur Diskriminierung lesbischer Mütter vorgelegt. Wir sehen die so vorangetriebene Aufarbeitungs- und Sensibilisierungsarbeit als Prozess, den wir perspektivisch unter Berücksichtigung weiterer Fragestellungen fortführen wollen.

Frage 8:

Auch in der Politik äußern sich Politiker_innen LSBTI*-feindlich

<https://www.zeit.de/politik/ausland/2016-10/guenther-oettinger-chinesen-homo-ehe>,

<https://www.tagesspiegel.de/politik/die-afd-und-ihre-provokationen-judenhass-homophobie-islamkritik/13690892.html>

Wie wollen Sie dafür sorgen, dass menschenrechtsfeindliche Äußerungen auch für Politiker_innen deutlichere Konsequenzen haben?

Wir stellen uns entschlossen und laut gegen derartige Äußerungen, wo sie uns begegnen. Dies gilt etwa im Parlament, in der politischen Debatte und in der gesamten Gesellschaft.

Wir sind stolz darauf, dass die SPD seit jeher bewiesen hat, dass der Kampf gegen Unrecht und Menschenfeindlichkeit oberste Priorität hat und zu unserem Selbstverständnis gehört. Deshalb wollen wir etwa die politische Arbeit gegen Rechtsextremismus stärken und die finanzielle Unterstützung dafür ausbauen. Wir wollen eine Kampagne ins Leben rufen, die die Vorzüge einer vielfältigen Gesellschaft aufzeigt. Dabei bauen wir auf dem Landesaktionsplan gegen Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit auf. Gleichzeitig setzen wir die Landeskampagne „Gemeinsam gegen Hass und Hetze“ fort.

Junge Menschen prägen mehr denn je den Diskurs in unserer Demokratie. Hierbei wollen wir sie unterstützen: Durch eine weitere Stärkung der politischen und Demokratiebildung erweitern und unterstützen wir Angebote, wie das Netzwerk Demokratie und Courage (NDC), die dabei helfen, kritisches Denken zu erlernen und Haltung gegen Hass und Hetze zu entwickeln und zu zeigen.

Wo strafrechtlich relevante Aussagen getätigt werden, stehen wir für einen starken Rechtsstaat, der seine Möglichkeiten konsequent nutzt.

Frage 9:

Gewalt ist immer zu verachten, aber Hasskriminalität ist eine besonders zu verachtende Straftat.

<http://www.spiegel.de/panorama/justiz/hasskriminalitaet-gegen-lesben-schwule-und-transgender-300-faelle-im-jahr-2017-a-1193096.html>

Wie wollen Sie bisexuelle Mitmenschen besser vor Hassgewalt schützen?

Eine moderne, demokratische Gesellschaft setzt ein respektvolles und friedliches Miteinander voraus. Unsere Gesellschaft braucht Menschen, die sich für andere einsetzen, sich gegen Hass und Hetze stellen, Falschinformationen enttarnen und eingreifen, wenn andere zur Zielscheibe von Gewalt werden. Wir begrüßen die Arbeit zivilgesellschaftlicher Akteure ausdrücklich und unterstützen sie, wo wir können.

Wie so häufig droht auch für bisexuelle Menschen die Gefahr meist von rechts.

Wenn Worte zu Taten werden, wenn extremistische Propaganda zu Gewalt führt, muss dies mit allen Mitteln bekämpft werden. Rheinland-Pfalz hat als erstes Bundesland eine Task Force „Gewaltaufrufe rechts“ eingerichtet, um rechtsextremistische Hetzer und potentielle Täter im Netz zu identifizieren sowie Netzwerke und Radikalisierungsprozesse zu erkennen. Die gewonnenen Informationen werden Polizei und Justiz übermittelt, um die Taten unmittelbar zu verfolgen. Das Konzept wollen wir ausbauen und fortschreiben. Kein Extremist darf sich sicher fühlen.

Wir unterstützen die zentrale Meldestelle, bei der antisemitische, rassistische und andere menschenfeindlich motivierte Vorfälle und Übergriffe gesammelt werden.

Wir unterstützen eine starke Zivilgesellschaft und ermutigen Unternehmen, öffentliche Einrichtungen, Vereine etc. sich z.B. der "Charta der Vielfalt" anzuschließen.

Frage 10:

Beim Blutspenden werden bisexuelle Männer genauso wie homosexuelle Männer nach wie vor diskriminiert. Dabei ist die sexuelle Orientierung als Kriterium nicht nachvollziehbar. Monogame und zuverlässig Safer Sex-Praktizierende stellen kein höheres Risiko dar. Andere Länder sind hier schon weiter.

https://www.queer.de/detail.php?article_id=31824

Wie ist Ihre Haltung zur Verbesserung der Blutspenderegulungen für Männer, die mit Männern Sex haben?

Die Ungleichbehandlung von schwulen, bi- und pansexuellen Männern ist ganz klar diskriminierend und damit grundgesetz- und europarechtswidrig. Die SPD setzt sich konsequent dafür ein, dass eine Diskriminierung potenzieller Blutspenderinnen und Blutspender wegen ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität ausgeschlossen wird, indem die medizinische Beurteilung zur sicheren Gewinnung von Blut und Blutbestandteilen allein von Vorerkrankungen und individuellem Risikoverhalten abhängig gemacht wird. Vor diesem Hintergrund streben wir auch eine Änderung des Transfusionsgesetzes und die Richtlinie Hämotherapie der Bundesärztekammer an. Im Landtag haben wir daher einen Antrag verabschiedet, die Versorgung der Bevölkerung mit Blutprodukten zukunftsorientiert aber ohne Diskriminierung sicher zu stellen.

Frage 11:

Das Transsexuellengesetz betrifft natürlich auch manche Bisexuellen. Doch der Reformvorschlag trifft bei Betroffenen ähnlich wie bei der viel zu späten rechtlichen Umsetzung des dritten Geschlechts auf viel Kritik. Außerdem wurden Trans*-Menschen und Fachverbände nur im Nachhinein unter einer absurden Frist von 48 Stunden zum Reagieren eingebunden (<https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/queerspiegel/neues-transsexuellengesetz-das-geschlecht-bleibt-fremdbestimmt/24335498.html>).

a) Was tun Sie dafür, damit Rechte von Trans-Menschen berücksichtigt werden?*

b) Was tun Sie dafür, dass Menschenrechte nicht Spielbälle der Politik bleiben, sondern selbstverständlich und möglichst weitgehend ausgelegt werden, statt begrenzt?

Gemeinsame Beantwortung von a) und b):

Trans- und intersexuelle Menschen sind in besonderem Maße Diskriminierung ausgesetzt. Das derzeit geltende Transsexuellengesetz trägt nicht dazu bei, hieran etwas im Sinne der Gleichwertigkeit zu ändern. Es ist aus der Zeit gefallen und verstärkt Diskriminierung. Leider ist es auf Bundesebene bisher nicht gelungen, eine Reform des Gesetzes im Interesse der Betroffenen zu verabschieden. Wir als SPD wollen die notwendige Reform weiterverfolgen.

Frage 12:

Auch heute noch werden intersexuelle Kinder ohne medizinischen Grund operiert – eine Praxis, die beschönigend als „geschlechtsangleichende Operation“ bezeichnet wird, in der Realität für die Betroffenen aber eine Genitalverstümmelung mit oft schwerwiegenden lebenslangen Folgen darstellt: <https://www.planet-wissen.de/gesellschaft/sexualitaet/intersexualitaet/intersexualitaet-operationen-100.html>

Wie wollen Sie diese Kinder in Zukunft schützen?

Die SPD begrüßt das geplante Verbot von geschlechtsanpassenden Operationen an Kindern mit Varianten der Geschlechtsentwicklung (Gesetzentwurf zum Schutz von Kindern mit Varianten der Geschlechtsentwicklung), die nicht medizinisch notwendig sind. Geleitet werden wir dabei von der Problematik, dass intersexuellen Kindern, die körperlich und psychisch gesund sind, per Operation ein eindeutiges Geschlecht gegeben wird, was nicht selten später im Erwachsenenalter als Zwang und gravierende Verletzung ihres Selbstbestimmungsrechts erlebt wird.

Frage 13:

Erkämpfte LSBTI*-Menschenrechte können auch wieder eingeschränkt werden. Ein sinnvoller rechtlicher Schutz ist die Eintragung im Grundgesetz, Artikel 3 (<https://www.lsvd.de/politik/artikel-3-grundgesetz.html>). Und obwohl sich alle Expert*innen dafür aussprechen (<https://www.bundestag.de/presse/hib/682392-682392>), plant die Bundesregierung aktuell keine Erweiterung (https://www.queer.de/detail.php?article_id=37762).

- a) Werden Sie sich für die Aufnahme der sexuellen Identität in Artikel 3 einsetzen und dafür stimmen?
b) Wie stehen Sie dazu, dass hierbei der sehr eindeutige Rat der Expert*innen von der Politik nicht umgesetzt wird?

Gemeinsame Beantwortung von a) und b):

Leider sind Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender, sowie trans-, intergeschlechtliche und queere Menschen in unserer Gesellschaft auch heute noch Anfeindungen, gewaltsamen Übergriffen und Benachteiligungen ausgesetzt. Eine Tatsache, die wir als SPD Rheinland-Pfalz nicht akzeptieren können. Wir wollen eine vielfältige und diskriminierungsfreie Gesellschaft, die durch die Vielfalt an Lebensstilen geprägt und in der jeder als gleichberechtigtes Mitglied anerkannt ist.

Auf Bundesebene hat sich deshalb die SPD bereits für eine Ergänzung des Artikel 3 Absatz 3 GG um den Zusatz „sexuelle Identität“ ausgesprochen. Unter der Führung der SPD hat Rheinland-Pfalz bereits 2018 einen entsprechenden Antrag auch in den Bundesrat eingebracht. Dabei steht eine solche Aufnahme für das deutliche Bekenntnis der Verfassung, dass hierauf bezogene Diskriminierungen nicht mit unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung vereinbar sind.

Zum Schluss noch drei Fragen, die über das Thema Bisexualität hinausgehen:

Frage 14:

Immer wieder reden die Parteien davon, dass die AfD keine demokratische Partei sei. Nun werden auch immer mehr Landesverbände dieser Partei vom Verfassungsschutz beobachtet.

Dennoch scheinen alle Parteien der AfD bislang alles durchgehen zu lassen – von zutiefst menschenrechtsfeindlichen Äußerungen (vgl. <https://taz.de/Urteil-zur-Wochenzeitung-Kontext/!5573132/>) bis hin zu AfD-Denunziationsplattformen zu Lehrer_innen (vgl. <https://www.gew.de/schule/fragen-und-antworten-zu-den-denunziationsplattformen-der-afd/>).

Auch gegen die Corona-Leugner*innen wird fast nichts unternommen: Sturm auf den Reichstag und späte Ermittlung gegen Hildmann (<https://taz.de/Coronaleugner-im-Bundestag/!5729871/>, https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/id_88969648/attila-hildmann-staatsanwaltschaft-berlin-ermittelt-gegen-corona-leugner.html)

- a) Was werden Sie konkret gegen die menschenrechtlichen Aktionen der AfD unternehmen?

Wir sehen es als unsere Aufgabe, die rechtsradikale AfD in der politischen Debatte zu stellen. Wir wollen Hetze und Falschbehauptungen entlarven und populistischer Menschenfeindlichkeit so wenig Raum in der öffentlichen Wahrnehmung verschaffen, wie irgend möglich.

Wir setzen unseren Kampf gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit entschlossen fort. Der „Landesaktionsplan gegen Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ der Landesregierung eröffnet uns hierfür viele Möglichkeiten. Mit dessen Hilfe wollen wir im Schulterchluss zwischen Staat, Institutionen und der Zivilgesellschaft zukünftig noch wirkungsvollere Maßnahmen für ein diskriminierungsfreies Rheinland-Pfalz umsetzen.

*b) Was werden Sie gegen die Corona-Leugner*innen, die andere gefährden, unternehmen?*

Hier hilft unserer Ansicht nach nur das Entgegenhalten von Fakten und das besonnene, tatsächliche Argumentieren. Wo durch vermeintliche Protestaktionen Gefahr für Leib, Leben und Demokratie und Recht und Gesetz verletzt werden, verfügt unser Rechtsstaat über alle Mittel, sich dem entgegenzustellen.

Frage 15:

Vor allem Minderheiten wie LSBTI* – und damit auch Bisexuelle – haben ihr soziales Umfeld aufgrund von Diskriminierungserfahrungen oft nicht in der Herkunftsfamilie, sondern mussten andere Wege für ein stabiles und unterstützendes soziales Umfeld schaffen. Dieses findet oft nicht im häuslichen Umfeld, sondern in den Räumen von entsprechenden Initiativen oder Szene-Lokalen statt, die durch die bisherigen Corona-Maßnahmen besonders stark betroffen sind. Für das Ziel einer baldigen Öffnung solcher Räume kann die Corona-Impfung ein wichtiger Baustein sein. Dennoch geht es bei der Impfung nicht so schnell voran, wie es notwendig wäre - und andere Staaten dieser Welt zeigen, dass dies möglich wäre.

a) Warum werden Ihrer Meinung nach die Lizenzen nicht abgekauft und/oder mehr Fabriken für die entsprechenden Impfstoff-Firmen gebaut, so dass viel schneller Impfstoffe für alle weltweit produziert werden?

b) Was tun Sie dafür, dass das Impfen in den nächsten Monaten in Baden-Württemberg (RLP) gut verläuft?

Gemeinsame Beantwortung von a) und b):

In einer schnellen Verfügbarkeit eines Impfangebots für alle liegt unsere Hoffnung. Die jüngsten Entwicklungen machen uns zuversichtlich, dass es uns bald gelingt, zu mehr Normalität und schließlich zu einem normalen gesellschaftlichen Leben zurückzukehren. Dem zugrunde liegen weltweite wissenschaftliche Höchstleistungen nie dagewesenen Ausmaßes. Das wir in Rheinland-Pfalz mit der Firma BioNTech einen der zentralen Impfstoffentwickler beheimateten, der seine Spitzenforschung in unserer Landeshauptstadt betreibt, erfüllt uns mit Stolz. Gerade arbeitet an im SPD-regierten Mainz mit Hochdruck daran, BioNTech neue Flächen für eine Standorterweiterung zur Verfügung zu stellen.

Schließlich: auch wenn die Verfügbarkeit des Impfstoffes zunächst noch begrenzt ist, so steht die Zusage des Bundesgesundheitsministers, dies zu ändern, sodass der Engpass in Deutschland bald behoben sein sollte. Derweil ist Rheinland-Pfalz bundesweit Spitze bei der Impfquote. Wir arbeiten entschlossen daran, dass auch Orte queerer Kultur wieder öffnen können, um ihre wichtige Funktion zu erfüllen.

In den kommenden Monaten wird es darum gehen, Impfstoffe auch weniger reichen Staaten zugänglich zu machen. Wie dies gelingen kann, muss diskutiert werden; wir erwarten uns eine führende Rolle der Europäischen Union und werden den Prozess begleiten.

Frage 16:

Der Klimawandel ist wissenschaftlicher Konsens (<https://www.klimafakten.de/behauptungen/behauptung-es-gibt-noch-keinen-wissenschaftlichen-konsens-zum-klimawandel>). Und dennoch gibt es Parteien die dies ignorieren oder gar bestreiten. Insgesamt gibt es keine ausreichenden Schritte. Und die Bewegung „Fridays for future“ wird von vielen Politiker_innen belächelt, die Jugend nicht ernstgenommen. Auch viele LSBTI*-Jugendliche sehen hier ihre eigene Zukunft gefährdet.

- a) *Warum wird der Rat von Klimaforschenden immer noch nicht hinreichend ernstgenommen?*
- b) *Was tun Sie dafür, dass die Erderwärmung wirklich auf 1,5 Grad begrenzt wird?*

Wie Sie sagen: Der Klimawandel ist wissenschaftlicher – und auch politischer Konsens. Mit den wenigen verbleibenden Leugnern am rechten Rand wissen wir umzugehen (siehe unsere Antworten oben).

Wir nehmen für uns in Anspruch, den Rat Klimaforschender sehr wohl ernstzunehmen und ihn in entschlossenes politisches Handeln umzusetzen.

Unser Ziel ist es, bis 2040 in Rheinland-Pfalz vollständig klimaneutral zu werden: Der Kampf gegen die Klimakrise ist die größte Herausforderung unserer Zeit. Wir sind davon überzeugt: der Klimawandel wurde von uns Menschen verursacht, er kann auch von uns Menschen gestoppt werden. Wir bekennen uns zum Pariser Klimaschutzabkommen und wollen unseren Beitrag zur Einhaltung unseres Zieles der Begrenzung der Erderwärmung auf 1,5 Grad Celsius leisten. Für Rheinland-Pfalz nehmen wir uns ein sehr ehrgeiziges Ziel vor und streben als eines der ersten Bundesländer vollständige Klimaneutralität bis 2040 an wobei der gesamte Energiebedarf zu 100% mit Erneuerbaren vorrangig aus regionalen Quellen gedeckt werden soll.

Um das zu erreichen, wollen wir eine Vielzahl konkreter Maßnahmen umsetzen.

Mit dem Landesklimaschutzgesetz und dem Klimaschutzkonzept haben wir bereits vor Jahren die richtigen Weichen gestellt. Wir stehen dafür ein, das Landesklimaschutzkonzept weiterzuentwickeln und die Landesziele verbindlich festzulegen.

Die Nutzung von Sonnenenergie (Photovoltaik, Solarthermie, etc.) ist eine Zukunftstechnologie auf die wir setzen. Wir werden die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass der Ausbau zügig vorangeht und von vielen Eigenheimbesitzerinnen und -besitzern, Mieterinnen und Mietern, Unternehmerinnen und Unternehmern sowie im öffentlichen Bereich unbürokratisch genutzt werden kann.

Den Einsatz von Erneuerbaren Energien im privaten Bereich wollen wir ausbauen. Hierfür setzen wir uns auf Bundesebene für eine deutliche Verbesserung der Regelungen im EEG und eine angemessene steuerliche Förderung von konkreten baulichen Maßnahmen ein.

Mit dem ambitionierten Ausbau der regenerativen und regionalen Energieerzeugung stärken wir die Wettbewerbsposition unserer Industrieunternehmen. Um hierbei mehr Planungssicherheit, Preisstabilität und wirtschaftliche Anreize zu schaffen, setzen wir uns für die dauerhafte Reduktion der EEG-Umlage und die Umlage-Befreiung von Eigenstromerzeugung ein. Als unmittelbar wirksame Maßnahme wollen wir den Einsatz von Kraft-Wärme-Kopplung in der Industrie mit gezielter Förderung voranbringen.

Wir setzen auf die Produktion von grünem Wasserstoff aus heimischen Erneuerbaren Energien für die Energiespeicherung und für die Mobilität. Wir fördern innovative Speichertechnologien (Power-to-Heat, Power-to-Gas, Batterien, etc.) und setzen auf Hocheffizienztechnologien wie die Kraft-Wärme-Kopplung, um die dezentrale Stromversorgung auszubauen.

Frage 17:

Was möchten Sie noch ergänzen?